

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Dresdner Nachrichten
Dresdner-Gesamtzettel 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

Bezugs-Gebühr
in Dresden und Borsigau bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 6,00 M., vierfachlich 12,00 M.
Die tägliche Zeitung kostet 2 M. für Sonntagszeitungen, Anzeigen unter
Stellen- u. Werbeausgabe, Telefon- u. Verkaufs 25 M. Tageszeitung kostet
Zwei Minuten, Aufdruck gegen Bezahlung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstellen:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichert in Dresden.
Postleitzahl-Kontakt 1068 Dresden.

Harding lehnt die Vermittlung ab.

„Keine geeignete Grundlage.“

Berlin, 3. Mai. Der amerikanische Gesandte Dr. Tressel überreichte heute mittag um 12 Uhr dem Minister des Auswärtigen die amerikanische Antwort. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Memorandum betreffend die Reparationen erhalten, daß Dr. Simons dem Kommissar der Vereinigten Staaten am 24. v. R. übergeben hat. Zur Antwort erklärt die amerikanische Regierung, daß sie sich außer Staude findet, zu dem Schluß zu gelangen, daß diese Vorstellungen eine für die alliierten Regierungen annehmbare Grundlage der Ersterung bilden. Indem die amerikanische Regierung daher wiederholt ihren ersten Wunsch nach einer raschen Regelung dieser Leidensfrage ausdrückt, legt sie der deutschen Regierung dringend nahe, sofort den alliierten Regierungen unmittelbar klare bestimmte zweiseitige Vorstellungen zu machen, die in jeder Beziehung ihren angemessenen (nicht) Verpflichtungen gerecht werden.

Heute nachmittag 3 Uhr tritt das Kabinett zusammen, im Laufe des morgigen Nachmittags der auswärtige Anschluß des Reichstages. Eine Vermittlung über das Ergebnis der Landauer Konferenz wird im Laufe des Tages erwartet. (W. L. B.)

Damit in Dr. Simons' letzte Hoffnung zwischen geblieben ist, denn auch Harding hat angekündigt, der unverbindlichen Haltung in London und bei seinem Bunde, es mit den Alliierten nicht zu verbergen, die Neuerzungung annehmen, daß eine Vermittlung nicht die geringste Aussicht mehr hat. Es besteht nun trotz des bis zur Selbstverhandlung gehenden deutschen guten Willens keine Möglichkeit mehr, die Belastung des Kriegsgebietes zu vermeiden. Denn selbst bei starker Unterwerfung unter das Wahnwitz-Ultimatum der Alliierten würde ich bei der ersten Gelegenheit die Unmöglichkeit der Bedingungen offenbaren und wegen des bösen Willens Deutschlands das Nachstehen vermutlich doch befehlen. Die Reichsregierung wird darum heute nachmittag vor folgschweren Entwicklungen stehen.

Hardings Urteilnahme der französischen Politik.

London, 3. Mai. Der „New York Herald“, der, dem „Manchester Guardian“ folgt, jetzt als Verteilung von Hardings Urteilnahme wird, lädt in einem Vortriff die Regierung Briands wegen ihrer Haltung in der Reparationsfrage und schreibt: Eine Nation, die weder verbündet noch von der anderen Partei bei ihrem Versuch zu einer Vermittlung möglich war, faßt nicht unter das Begriffsverständnis der Amerikaner. Der „Manchester Guardian“ schreibt an dieser Auseinandersetzung des amerikanischen Parteis: Nur diensten, welche mit der allgemeinen Richtung der amerikanischen Presse seit dem Amtsantritt der neuen Regierung vertragen seien, könnten die Bedeutung einer solchen Erwähnung richtig einschätzen. (W. L. B.)

Die Einigung über die Ausraubung Deutschlands.

London, 3. Mai. In der Sitzung des Obersten Rates, die gestern erst spät abgehalten wurde, ist die Einigung zwischen den Alliierten erzielt worden. Diese Einigung wird in der heutigen Sitzung formell und schriftlich festgestellt werden. Deutschland wird hierauf bis zum Abend des 12. Mai Zeit haben, das Ultimatum der Alliierten zu unterschreiben, aber nur vorbehaltlich und bedingungslos. Tat es das nicht, so rüden am 13. Mai die angewandten französischen Truppen ins Kriegsgebiet ein, um dort so lange zu bleiben, bis Deutschland vorbehaltlos unterschrieben hat. Es handelt sich dabei nicht um ein abschließendes Ultimatum, denn Deutschland wird erst am 7. Mai das Ultimatum überreicht erhalten. Dieses Ultimatum wird aus zwei Mitteilungen bestehen: aus einer Mitteilung der Reparationskommission über die Höhe der Gesamtshuld und die Art der Abzahlung und aus einer Mitteilung des Obersten Rates über die Garantien und Sicherheiten, die gefordert werden, und über die Zwangsmassnahmen, die sonst zur Auswirkung gelangen. Die wirkliche Frist, die Deutschland gefordert wird, beträgt also sechs Tage.

Die Höhe der Gesamtshuld wird mit 182 Milliarden Goldmark Gegenwartswert bestimmt. Deutschland muss für 12 Milliarden sofort und für 90 Milliarden bis zum 21. November d. J. Schuldbons übermitteln, die mit 1% und 3% Prozent verzinslich sind. Zur Tilgung dieser Schuldbons werden 36 Jahre Jahresraten zu zwei Milliarden Goldmark, sowie eine Ausfuhrabgabe von 2% Prozent vorgesehen, was einer prozentigen Bezeichnung und einer prozentigen Amortisation entspricht. Der Rest von 90 Milliarden bleibt, wie schon gemeldet, vorläufig offen und unbekannt. Es soll gewissermaßen einem Besserungsfonds entsprechen, der schon während von beiden Seiten diskutiert wurde. Der zweite Teil sollen Schuldbons und Einführungsbedingungen erst dann festgelegt werden, wenn Deutschlands Zahlungsfähigkeit und der internationale Finanzmarkt dies gestatten. Bei der Ausstellung dieser Zahlungsbedingungen rechne sich also die Alliierten bemüht zu haben, sie dem Reichtum nach Washington übermittelten deutschen Staaten würdig anzusiedeln, wobei es allerdings die Tatsachen sehr erhöht vertreten, also verhindert haben. Als Sicherheiten werden die öffentlichen Einnahmenquellen Deutschlands, unter anderem die Zölle, gefordert werden, sowie die Errichtung einer Garantiekommission in Berlin, die unter Leitung der Reparationskommission stehen und mit solchen Goldmärkten ausgerüstet sein soll, das sie tatsächlich eine finanzielle Vormundschaft über Deutschland ausüben kann. Sie soll sogar die Ausübung bestimmter Steuern fordern können. Lord George soll Briand das Versprechen abgebrügt haben, daß Kriegsgebiet, wenn es infolge des

anfänglichen Widerstandes Deutschlands besiegt werden müsse, gleich wieder zu räumen, wenn Deutschland später doch unterstürze.

Vorbereitungen für die Belebung.

Berlin, 3. Mai. Wie der „Berl. Volksblatt“ meldet, wurden in Düsseldorf für die Truppen, die ins Kriegsgebiet marschierten sollen, Begleiter angedroht. Auch wurden hier bereits mehrere hunderte Wohnungen für auf dem Durchmarsch befindliche französische Legionen zur Verfügung gelegt. Ferner erhält die Stadt Düsseldorf den Befehl, für die französische Belagerungsmannschaft sofort den Bau einer neuen Kaserne (!) in Angriff zu nehmen.

Französische Einfärschung über Briand.

Basel, 3. Mai. Die Presse-Information meldet aus Paris: Die Niederlage Briands in London hat in Pariser nationalistischen Kreisen niedergeschmettert gewirkt. Die Nationalisten und Militaristen, die den Vormarsch ins Kriegsgebiet befürchtet hatten, sind derartig enttäuscht, daß sie gegen Briand offene Opposition anfangen und in der Kammer ein Misstrauensvotum (?) gegen ihn herbeizuführen entschlossen sind.

Basel, 3. Mai. Der „Manchester Guardian“ meldet, daß

Marshall noch die äußersten Anstrengungen unternommen hat, um Briand im Kampf gegen Lord George und Graf Stora zu stützen. Die dennoch erfolgte Niederlage Briands hat den zeitigen Mobilisierungs- und Aufmarschvölkern doch zunächst gewichen.

Die Haltung der englischen Presse.

London, 3. Mai. „Pall Mall and Gazette“ schreibt: Wenn Deutschland sich weiter horndärmig setzt, so müssen endgültige Maßnahmen getroffen werden, um die deutschen Verbündeten unter Kontrolle seiner Gläubiger zu bringen. Dieses dürfte unterlassen werden, um zu beweisen, daß die unternommene Aktion den gemeinsamen Willen und die gemeinsame Verantwortlichkeit der Alliierten bestätigt und daß die Maßnahmen beibehalten würden, bis die Einvernehmen und die Reparation in dem vom Friedensvertrag vorliegenden Maße sichergestellt seien. — Der „Star“ meint: Die Tatsache, daß die Alliierten übereinkommen haben, Deutschland eine siebenjährige Frist zu gewähren, läßt erhoffen, daß noch im letzten Augenblick die unabesetzte Polizei Frankreichs zum Leben gebracht und Europa vor einem neuen Verbrechen bewahrt werde. Es würde eine Katastrophe bedeuten, wenn die Alliierten bei einem so hoffnungslosen Abenteuer wie diesem hinter dem Wagen des Marschalls doch herlaufen müßten.

„Le Standard“ schreibt: Europa braucht vor allem die reine Wahrheit, die es ihm ermögliche, an die Arbeit zu gehen in der Sicherheit, daß keine Krisis und keine neuen militärischen Operationen mehr kommen. Die gesamte Geschäftswelt und alle friedlich gestimmten Leute fühlen nach allem, daß über Europa eine große und unmöglichdeutsche Schule hängt und daß dabei alle Wahrscheinlichkeit besteht, daß eine Unterlassung Deutschlands zu einer neuen Krise und zu einem neuen Kampf zwischen den Mächten führt. Das Blatt fordert Lord George auf, den Franzosen offen zu zeigen die reine Wahrheit zu sagen, nämlich, daß das britische Volk nicht an die Möglichkeit glaubt, daß auch Deutschland durch irgend welche Mittel die großen Summen, die jetzt von ihm gefordert würden, herauszugehen können und das England einer Politik, die auf die Verstärkung Deutschlands gerichtet sei, weil Deutschland das Unmögliche vermiedere, nicht zuzimme.

Der Beamtenbund und die Beamtenräte.

Berlin, 3. Mai. In einer Versammlung des deutschen Beamtenbundes, zu der auch Regierungsvertreter erschienen waren, trat der Direktor des Bundes, Dr. Völker, für die schleunige Einbringung des seit langem in Aussicht gestellten Beamtenrates ein. Niemand denke an einen Streik nach allem, daß über Europa eine große und unmöglichdeutsche Schule hängt und daß dabei alle Wahrscheinlichkeit besteht, daß eine Unterlassung Deutschlands zu einer neuen Krise und zu einem neuen Kampf zwischen den Mächten führt. Das Blatt fordert Lord George auf, den Franzosen offen zu zeigen die reine Wahrheit zu sagen, nämlich, daß das britische Volk nicht an die Möglichkeit glaubt, daß auch Deutschland durch irgend welche Mittel die großen Summen, die jetzt von ihm gefordert würden, herauszugehen können und das England einer Politik, die auf die Verstärkung Deutschlands gerichtet sei, weil Deutschland das Unmögliche vermiedere, nicht zuzimme.

Der Beamtenbund und die Beamtenräte.

Berlin, 3. Mai. In einer Versammlung des deutschen Beamtenbundes, zu der auch Regierungsvertreter erschienen waren, trat der Direktor des Bundes, Dr. Völker, für die schleunige Einbringung des seit langem in Aussicht gestellten Beamtenrates ein. Niemand denke an einen Streik nach allem, daß über Europa eine große und unmöglichdeutsche Schule hängt und daß dabei alle Wahrscheinlichkeit besteht, daß eine Unterlassung Deutschlands zu einer neuen Krise und zu einem neuen Kampf zwischen den Mächten führt. Das Blatt fordert Lord George auf, den Franzosen offen zu zeigen die reine Wahrheit zu sagen, nämlich, daß das britische Volk nicht an die Möglichkeit glaubt, daß auch Deutschland durch irgend welche Mittel die großen Summen, die jetzt von ihm gefordert würden, herauszugehen können und das England einer Politik, die auf die Verstärkung Deutschlands gerichtet sei, weil Deutschland das Unmögliche vermiedere, nicht zuzimme.

Aushebung der Zwangsmirtschaft für Butter und Käse.

Berlin, 3. Mai. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe Verordnungen über die Aushebung der Zwangsmäßigung von Speisefetten und Käse und über den Verkehr mit Milch. Danach wird vom 1. Juni d. J. die Butter- und Käsewirtschaft freigegeben und die Milch grundsätzlich von allen Erfassungsmaßnahmen beim Handel befreit. Um zu verhindern, daß der Butterpreis in die Höhe geht, ist in Aussicht genommen, in einiger Zeit auch die Einfuhr von Auslandsbutter allgemein freizugeben. Zur Sicherung der Milchversorgung darf Vollmilch, Magermilch und Sahne in gewöhnlichen Betrieben nur zur Herstellung von Butter und Käse verwendet werden. Die Gastwirtschaften dürfen Vollmilch und Sahne nicht verabreichen. Diesen Verboten folgt es frei, ihren Milchbedarf durch konkurrierende zu bedienen, die im freien Verkehr in überschüssiger Menge zur Verfügung steht. In Kommunalverbänden und Gemeinden bleibt es überlassen, eine Regelung über die Verteilung der Milch in ihren Bezirken vorzunehmen. Die Gemeinden müssen sich die Milch gegebenenfalls durch freie Milchlieferungsverträge sichern. Die Länder können mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Überzeugungsbestimmungen erlassen. Spätestens am 1. September müssen jedoch diese Übergangsbestimmungen außer Kraft treten.

Polnische Insurgenten in Oberschlesien.

Beuthen, 3. Mai. Heute früh räumten bewaffnete Anzügungen ein, besetzten die öffentlichen Plätze und hielten die Passanten an. Französische Soldaten durchzogen die Stadt. Tanks besetzten die Straßenkreuzungen. Auf dem Kommandohotel steht die wehrhafte Flagge.

Aus Polen wird gemeldet: Anzügungen haben nach lebhaftem Feuer die Apo-Barracke im Wildpark besetzt und die Beamten gesangen. Ein Zug Anzügungen drang in das Polizeiviertel in ein, das eine halbe Stunde später von einem polnischen Kapitän besetzt wurde. Die Redaktion des „Bolsowillen“ ist durch Handgranaten zerstört worden. Unter den Soldaten befinden sich Hallersoldaten. Aus den umliegenden deutschen Orten sind die blaue Polizei und die deutschen Beamten geflüchtet. Mit Fleisch und Rohrholz besteht seit gestern abend keine Verbindung mehr. Auch Gorau soll in den Händen der Anzügungen sein. Unbekümmert um die aufgestellten Tanks erhielten gegen 8 Uhr Anzügungen eine milde Schießerei in ganz Gorau, die trotz Verhängung des Belagerungsaufstands fortduerte. Eisenbahn- und Straßenbahnenverkehr sind eingestellt worden. Bei Gorlitz wurden zwei Eisenbahnbrücken gesprengt. Gorlitz ist in den Händen der Anzügungen, von denen in der Umgebung 200 kriegsmäßig ausgerüstet versammelt sind.

Kämpfe und Banden-Unterlagen.

Breslau, 3. Mai. Die Redaktion der „Siedlerzeitung“ in Beuthen wurde heute früh von bewaffneten polnischen Banden umzingelt. Man drang in das Gebäude ein und suchte die Redakteure der „Morgenpost“ zu töten. Diese hatten sich bereits indes mit den Arbeitern und Schern über Nachbarschaft und Städte in Sicherheit gebracht. In Hindenburg kam es zu schweren Kämpfen zwischen Beamten der deutschen Apo und bewaffneten Polen. Es gelang den Deutschen, die polnischen Beamten an zu vertreiben. Nicht zeigen sich aber bereits wieder polnische Truppen in den Straßen. Sämtliche polnische Anzügungen tragen am Arm rot-weiße Binden. Die französische Bevölkerung macht verhältnis in Hindenburg und verdeckt sich damit, die öffentlichen Gebäude zu schützen. Auf den Gruben in Hindenburg hat es verschiedene schwere Zusammenstöße gegeben, da die Polen die deutschen Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen vertrieben. Die Deutschen hatten dabei eine Anzahl Tote. Die Zivilbevölkerung verbietet sich in diesem Ort im armen und arbeitslosen Zustand. Die Redaktion des sozialdemokratischen „Bolsowillen“ in Gorau wurde durch Handgranaten schwer beschädigt.

Die deutschen Gewerkschaften gegen den oberschlesischen Streit.

Oppeln, 3. Mai. Die oberschlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Kirche-Denkmalen Gewerkschaften und der arbeitlichen Gewerkschaften haben ein Telegramm an das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, an den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Thomas, abgesandt, in dem es u. a. heißt: Am 2. Mai 1921 haben polnische Gewerkschaften einen Streik größeren Umfangs in Oberschlesien verursacht, um zwecklos dem Obersten Rate in London und der ganzen Welt glaubhaft zu machen, daß eine Volkshebung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen entstanden sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter und nur unter Anwendung brutaler Gewalt möglich gewesen. Dass dieser Tötungsversuch erfolgt haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutschen Arbeiter nicht mehr bereit sind, die Gewerkschaften zu unterstützen, da sie nicht länger durch eine Minderheit terrorisiert lassen wird und dadurch die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen Oberschlesiens nicht überwinden können. Wir bitten dringend, diese Nachricht allen maßgebenden Zielen zugleich zu übermitteln und nichts zu unterlassen, um das volkstümliche Gewerkschaften zu vereinen.

Die deutschen Gewerkschaften gegen den oberschlesischen Streit.

Oppeln, 3. Mai. Die oberschlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Kirche-Denkmalen Gewerkschaften und der arbeitlichen Gewerkschaften haben ein Telegramm an das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, an den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Thomas, abgesandt, in dem es u. a. heißt: Am 2. Mai 1921 haben polnische Gewerkschaften einen Streik größeren Umfangs in Oberschlesien verursacht, um zwecklos dem Obersten Rate in London und der ganzen Welt glaubhaft zu machen, daß eine Volkshebung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen entstanden sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter und nur unter Anwendung brutaler Gewalt möglich gewesen. Dass dieser Tötungsversuch erfolgt haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutschen Arbeiter nicht mehr bereit sind, die Gewerkschaften zu unterstützen, da sie nicht länger durch eine Minderheit terrorisiert lassen wird und dadurch die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen Oberschlesiens nicht überwinden können. Wir bitten dringend, diese Nachricht allen maßgebenden Zielen zugleich zu übermitteln und nichts zu unterlassen, um das volkstümliche Gewerkschaften zu vereinen. In diesem Sinne seien in Mittelschlesien Maßnahmen ergriffen worden. Da auch der Bevölkerung Gewissheit geben, gegen jede weitere Vergewaltigung des deutschen Volkes energisch Front zu machen. Die Bewegung umfaßt alle Stände und Parteien bis zu den Kommunisten und verfolgt den Amed. unseren Gegnern zu zeigen, daß das deutsche Volk und insbesondere die Bewohner der Provinz Schlesien nicht mehr gewillt sind, jeden Willkür der übermächtigen Sieger widerstandlos hinzunehmen. Es empfahl, nun auch in den Kreisen Reichen und Neuhofen ähnliche Maßnahmen zu ergriffen und durch Anstellung von Freiwilligen, die als Reserve für die Reichswehr zu dienen hätten, beauftragt, dem unerhörten Rechtsbruch eines Oberstes auf unserer Friedliche Verfolgung, die nur langsam streng endlich Ruh und Frieden will, vorzubringen.

Zur oberschlesischen Frage.

Wie die „Bd. Sta.“ meldet, ist der Inhaber der Betriebshofengroßhandlung von Götz Walther, Götz Walther, noch London berufen worden. Der Zweck seiner Anwesenheit in London soll darin bestehen, den deutschen Betreiber in seinen Darlegungen über die Unzulässigkeit Oberschlesiens zu unterreden.